



## Geschäftsführung Wirtschaftsausschuss

Frau Doberitz

Telefon: (0221) 25507

Fax: (0221)

E-Mail: [uta.doberitz@stadt-koeln.de](mailto:uta.doberitz@stadt-koeln.de)

Datum: 09.04.2018

### Niederschrift

über die **Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 19.03.2018, 17:05 Uhr bis 18:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg van Geffen	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Claudia Heithorst	CDU
Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Claudia Klein	FDP

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz Philippi	SPD	in Vertretung für Andreas Pöttgen
Herr Manfred Richter	GRÜNE	in Vertretung für Elisabeth Thelen

#### Beratende Mitglieder

Herr Dr. Viktor Heese auf Vorschlag der AfD

#### Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov

#### Beratende Mitglieder

Herr Thomas Tewes auf Vorschlag der CDU  
Herr Wolfgang Jehle auf Vorschlag der Grünen  
Herr Wolfgang Lindweiler auf Vorschlag von DIE LINKE

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE
Herr Andreas Pöttgen	SPD

## **Beratende Mitglieder**

Herr Jörg Kalitowitsch	KLuST e.V.
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Witich Roßmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Herr Nicolai Lucks	auf Vorschlag der CDU
Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Thorsten Rensing	auf Vorschlag der FDP

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Claudia Mewaldt	KLuST e.V.
----------------------	------------

Herr Dr. Strahl begrüßt die Anwesenden in Vertretung für Herrn van Geffen und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Einladung zur Sondersitzung fristgemäß erfolgt ist und verweist auf die vorliegende, mit der Einladung versandte Tagesordnung. Er fragt nach Änderungswünschen und Anmerkungen.

Die vorliegende Tagesordnung wird vom Ausschuss genehmigt.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1      Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**
- 2      Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 3      Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**
- 3.1    Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018 an den aufgeführten Tagen und Zeiten  
0249/2018

**4 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**

4.1 Einrichtung "Cologne Game Haus"  
0185/2018

**5 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

- 1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung**
- 2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 3 **Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen**
- 3.1 **Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018 an den aufgeführten Tagen und Zeiten 0249/2018**

Dem Ausschuss liegt die umgedruckte Vorlage vor.

Herr Joisten bedauert, dass kein Konsens über die eingereichten Anträge erreicht werden konnte. Die Grundhaltung der SPD-Fraktion sei, dass drei Sonntage pro Stadtteil genehmigt werden können. Damit soll auch der lokale Einzelhandel in den einzelnen Veedeln gestärkt werden. Zu den vorliegenden Anträgen verweist Herr Joisten jedoch auf die Klageankündigung der Gewerkschaft Verdi. Die SPD folge dieser Einschätzung, bittet jedoch gleichzeitig die Verwaltung um noch mehr Engagement bei der Erreichung eines Konsenses.

Herr Dr. Strahl stellt fest, dass sich die Zahl der Anträge erheblich verringert hat. Zehn verbliebene Termine seien eine erschütternde Bilanz. Allen wüssten wie sehr der Handel die verkaufsoffenen Sonntage benötige, um zu überleben, insbesondere in den Vororten. Damit werde in der Konsequenz die Nebenzentren-nahe-Versorgung gefährdet. Es gelte, Lücken in den gesetzlichen Vorgaben und in der Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht zu finden, um mehr wie die vorgeschlagenen Termine genehmigen zu können. Dabei müsse Berücksichtigung finden, dass ein Kölner Vorortstadtteil die Größe einer Kleinstadt habe und dass eine gerichtliche Entscheidung Auswirkung auf alle Städte in NRW habe.

Herr Frank verweist auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11.11.2015 und den von dort vorgegebenen engen Rahmen bzgl. der Anlassbezogenheit. Dies erschwere die Konsensfindung. Er fragt die Verwaltung, wie sich die Konsensrunde abgespielt hat, wie viele Parteien teilgenommen haben und ob die Hauptkontrahenten überhaupt anwesend waren. Hat überhaupt ein Dialog stattgefunden oder sind nur Schriftsätze ausgetauscht worden? Seine Fraktion würde dem Erstvorschlag der Verwaltung folgen wollen.

Frau Klein betont, dass die von den IGs organisierten Feste in den Stadtvierteln ohne die Kombination mit dem verkaufsoffenen Sonntag nicht durchgeführt werden können. Sie plädiert dafür, den zehn vorgeschlagenen Terminen zuzustimmen.

Herr Petri vertritt die Meinung, dass die Bedeutung der verkaufsoffenen Sonntage für den Bestand des stationären Handels überschätzt wird. Die Anzahl der Arbeitsplätze im Handel habe sich in Köln trotz der Sonntagsöffnungen verringert, insbesondere bei den inhabergeführten Geschäften in den Stadtteilen. Er plädiert dafür, den Alternativvorschlag zur Abstimmung zu stellen.

Herr Brandt (Amt für öffentliche Ordnung) antwortet, dass der Einladung an Fraktionen und Interessensvertreter zur Konsensrunde nicht alle Beteiligten gefolgt sind. Die Ver-

treter der Kirche, des DGB und von Verdi haben gefehlt. Von den insgesamt 25 gestellten Anträgen sieht die Verwaltung zehn als vor dem Verwaltungsgericht durchklagbar.

Herr Joisten sieht die besondere Bedeutung der verkaufsoffenen Sonntage für die Vorortviertel, insbesondere auf Grund der zahlreichen Genehmigungen vergleichbarer Veranstaltungen im Umland von Köln. Es gehe dabei aber nicht um Quantität, sondern um die Rahmenbedingungen und um den Konsens, um eine Klage auszuschließen. Sein damaliger Vorschlag, auf Grund der geringen Beteiligung zu einem weiteren Termin der Konsensrunde einzuladen, sei von der Mehrheit abgelehnt worden. Er stellt den Willen der Beteiligten zu einer Konsensbildung in Frage.

Frau Sommer richtet den Blick auf die schon gar nicht mehr gestellten Anträge, weil sich diese IG's nicht mehr trauen und den Aufwand für den Antrag nicht leisten können. Sie betont die Verantwortung des Wirtschaftsausschusses für das Thema.

Herr Frank kritisiert die Haltung der Beteiligten, die sich an dem Termin der Konsensrunde nicht haben vertreten lassen. Auch er vermisst an dieser Stelle den Willen zu einem Konsens.

Herr Petri weist darauf hin, dass die Vertreter von DGB und Verdi wegen der Schulferien an der Konsensrunde nicht teilnehmen konnten und eine kompetente Vertretung nicht zur Verfügung stand.

Frau Klein erkennt in der Diskussion eine politische Zustimmung für die vorgeschlagenen zehn Veranstaltungen und plädiert für einen entsprechenden Beschluss.

Herr Brandt (Amt für öffentliche Ordnung) verweist auf die Dialogrunde zu diesem Thema, die bei der IHK zu Köln angesiedelt ist. Sie hat schon mehrfach stattgefunden.

Herr van Geffen stellt die Vorlage mit der Anlage 1 zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018 an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP- Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zugestimmt.

## **4 Medien- und Internetwirtschaft in Köln**

### **4.1 Einrichtung "Cologne Game Haus" 0185/2018**

Der Ausschuss hat die Beschlussvorlage erneut auf die Tagesordnung gesetzt, die Anlagen 3 und 4 liegen als Tischvorlage vor.

Herr Frank teilt mit, dass die nachgereichten Unterlagen die Fragen seiner Fraktion beantwortet haben und die Beschlussvorlage nun befürwortet wird. Er bittet, die Aus-

führungen zur Zuschusskontrolle auf der Seite 5 der Anlage 4 in den Beschluss aufzunehmen, ebenso die halbjährliche Berichterstattung an den Ausschuss.

Herr Berger (Stabstelle Medien- und Internetwirtschaft) betont, dass das näher erläuterte Kontrollverfahren zu dem üblichen Zuwendungsverfahren gehört.

Herr Joisten freut sich über den sich abzeichnenden Konsens und über die Gelegenheit, diesen im Rahmen der Sondersitzung zu Protokoll geben zu können.

Frau Klein hofft, dass die Strahlkraft des Cologne Game Haus über die Landesgrenzen hinaus reichen wird. Sie betont, dass der Vorschlag aus der Branche selber kam und die Stadt diesen nun unterstützt.

Herr van Geffen stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt die Gewährung einer De-minimis-Beihilfe in Höhe von 200.000 € an die noch zu gründende Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) für den Aufbau und den Betrieb des Cologne Game Haus, deren Sitz im Gebäude des Cologne Game Haus geplant ist und deren Stellenbedarf sich wie im eingereichten Konzept darstellt. Die Bewilligung der Beihilfe steht unter dem Vorbehalt, dass die Voraussetzungen zur Gewährung nach der De-minimis-Verordnung vorliegen.

Die Finanzierung der Beihilfe erfolgt aus Mitteln im Teilergebnisplan 1501, Teilplanzeile 15, die im Rahmen der Ermächtigungsübertragung seitens der Kämmerin bereitgestellt werden.

Es handelt sich um eine Gründungszuwendung. Die Stadt Köln wird kein Mitglied der UG(haftungsbeschränkt).

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

## **5 Mündliche Anfragen**

Herr Joisten bittet darum, dass der Wirtschaftsausschuss „in der zweiten Runde“ in die Beratungsfolge für die Vorlage DS 2998/2017 „Richtlinie für die Benennung von Straßen“ aufgenommen wird.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung: 18.00 Uhr

Gez. van Geffen

Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz

Schriftführerin